

Tübingen, 21. Oktober 2020

„Open Government Data“: Intendierte Effekte weitgehend verfehlt

Seit Mitte der 1990er Jahre bemüht sich der Gesetzgeber um die Öffnung der Verwaltung. Ein Element davon ist die kostenlose Bereitstellung von Verwaltungsdaten als „Open Government Data“ oder kurz „Open Data“. Dadurch soll das wirtschaftliche Wachstum gefördert und die Transparenz der Verwaltung erhöht werden. Eine neue Studie zeigt, dass die Kommunen derzeit zwar Daten bereitstellen und innerhalb der Verwaltung auch vielfach selbst nutzen. Allerdings gibt es bisher noch keine wirtschaftlichen Geschäftsmodelle, die auf Open Data basieren. Auch die Nachfrage nach den Daten durch die Zivilgesellschaft ist noch schwach.

Zu diesen Ergebnissen kommt eine neue Untersuchung des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung an der Universität Tübingen (IAW). Die von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Studie bezieht sowohl die Erfahrungen von 23 deutschen Großstädten, die Open Data bereits eingeführt haben, ein, als auch die Perspektiven von zehn Großstädten ohne Open Data-Angebot. Angesichts der großen Hoffnungen, die in der Politik mit der Einführung von Open Data verbunden wurden, sind die Ergebnisse ernüchternd. Zwar wurden auf europäischer und nationaler Ebene zahlreiche Gesetze verabschiedet. Den faktischen Veränderungen in den Verwaltungen wurde aber zu wenig Aufmerksamkeit entgegengebracht.

Vor allem die Verwaltung selbst nutzt Open Data

Die Ergebnisse der Befragung zeigen, dass mittlerweile ein relativ breites Spektrum an Themen durch Open Data abgedeckt wird. Häufig werden Daten aus den Bereichen Geographie oder Geobasisdaten sowie Bevölkerung und Gesellschaft bereitgestellt, aber auch Strukturdaten der Kommunen zu Haushalt, Politik, Verkehr, Umwelt und Infrastruktur.

Die Nutzung von Open Data innerhalb und zwischen Verwaltungen ist in vielen Kommunen gelebte Praxis. Nach Aussage von zwei Fünfteln der befragten Kommunen werden Open Data häufig oder sehr häufig von der kommunalen Ebene nachgefragt. Allerdings

herrscht die Einschätzung vor, dass positive Effekte auf die Arbeit der Verwaltung erst nach umfangreichen Investitionen in die Modernisierung zu erwarten sind. Zu diesen Investitionen zählt neben den technischen Voraussetzungen in erster Linie die kontinuierliche Weiterbildung der Beschäftigten.

Auch einzelne Bürgerinnen und Bürger sowie die Wissenschaft nutzen die Informationsangebote von Open Data. Für Unternehmen, Verbände und politische Parteien gilt dies weniger. Zwar ist die Entstehung von Start-ups, die Verwaltungsdaten für neue Geschäftsmodelle nutzen können, ein hervorgehobenes Ziel der gesetzlichen Regelungen, allerdings haben sich in Deutschland bislang keine durch Open Government Data hervorgerufenen Gründungen etablieren können. Auch eine intensivere Bürgerbeteiligung durch Open Data ist bisher nicht feststellbar.

Ein Grund für die geringe Nachfrage nach Open Data liegt in der hohen Komplexität der Daten. Zur Nutzung müssen sie erst in Auswertungsprogramme übertragen werden. Das bedeutet für mögliche Nutzerinnen und Nutzer in vielen Fällen einen hohen Einarbeitungsaufwand. Begrenzt wird die Bereitstellung und Nutzung von Verwaltungsdaten aber auch durch fehlende Fachkenntnisse und Weiterqualifizierungen in den Kommunen. Schließlich wird als Hindernis genannt, dass es dem Datenangebot noch an der erforderlichen Breite fehlt.

Ausweitung von Open Data würde weitreichende Restrukturierungen erfordern

Mittlerweile wurden auf europäischer Ebene Regelungen zur Ausweitung von Open Data beschlossen. So sollen auch kommunale Unternehmen zur Datenbereitstellung verpflichtet werden. Eine weitere Forcierung des Themas würde in der Verwaltung zu weitreichenden Restrukturierungen von Arbeitsabläufen, Entscheidungswegen und Kommunikationsprozessen führen. Dies würde die Anforderungen an die Beschäftigten in den öffentlichen Verwaltungen erhöhen, zu umfangreichem Qualifizierungsbedarf führen und eine umfassende kommunale Anpassungsstrategie erfordern.

Ansprechpartner:

Dr. Michael Mangold, michael.mangold@iaw.edu, Tel.: 0163 8278278

Die Studie kann hier heruntergeladen werden:

http://www.iaw.edu/tl_files/dokumente/HBS_STUDY442_Boockmann_OPEN_GOVERNMENT_DATA_2020.pdf